

## **D-01 Mehr Demokratie ist die Lösung**

Antragsteller/innen: BuVo

Gegenstand: Mehr Demokratie ist die Lösung

Anmerkungen: BuVo-Beschluss vom 12.10.2011

### **Demokratischer Aufbruch in Zeiten der Krise**

- 1 Wir leben in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen und krisenhafter Umbrüche. Wir erleben
- 2 eine sich seit 2008 zuspitzende Finanzkrise von Jahrhundertdimension. Wir erleben eine
- 3 Klima- und Ressourcenkrise, deren volles Ausmaß sich noch zu entfalten droht, die aber
- 4 bereits heute zu klimatischen Extrembedingungen, verheerenden Nahrungsmittelkrisen mit
- 5 humanitären Hungerkatastrophen und einem dramatischen Verlust an Artenvielfalt führt. Eine
- 6 Zuspitzung angesichts knapper werdender Rohstoffe kommt hinzu. Und wir erleben eine
- 7 soziale Krise der Ausgrenzung und Desintegration, eine Zunahme an sozialer Ungleichheit in
- 8 vielen Ländern dieser Erde, Deutschland und die Europäische Union inbegriffen.
- 9 All diese Krisen stellen die Demokratiefrage. Demokratie gerät durch die Krisen und ihre
- 10 Folgen in Bedrängnis. Zugleich droht Demokratie angesichts der Handlungszwänge und des
- 11 Zeitdrucks, den Krisen entgegenzuwirken, auf der Strecke zu bleiben. Die Finanzkrise zeigt
- 12 es akut: Unter dem Druck der Märkte, aber auch durch eine krisenbedingte höhere
- 13 Staatsverschuldung werden demokratische Entscheidungsspielräume zunehmend eingengt.
- 14 Den Takt politischen Handelns bestimmen Akteure an den Finanzmärkten und
- 15 Ratingagenturen, den Ton gibt eine Troika aus EZB, IWF und Europäischer Kommission an.
- 16 Regierungen haben das Tempo zu halten, und Abgeordnete sollen abnicken. Viele
- 17 Bürgerinnen und Bürger kommen überhaupt nicht mehr mit.
- 18 Die Klima- und Ressourcenkrise kommt auf leiseren Sohlen, aber droht mit umso
- 19 existenzielleren Auswirkungen. Wir Grüne wissen um den bestehenden Handlungsdruck,
- 20 etwa für eine beschleunigte Energiewende. Doch wie überwinden wir die Beharrungskräfte
- 21 ökonomisch mächtiger Lobby-Akteure, wie den großen Stromkonzernen, die sich mit aller
- 22 Kraft dagegen stemmen? Und wie kann der nötige sozial-ökologische Umbau der
- 23 Gesellschaft, können Netzausbau und Infrastrukturmaßnahmen unter demokratischer
- 24 Beteiligung aller umgesetzt werden? Der Konflikt um Stuttgart 21 hat gezeigt, dass der
- 25 Anspruch auf demokratische Mitgestaltung groß ist. Zu Recht! Bürgerinnen und Bürger
- 26 erwarten inzwischen mehr Beteiligung, eine bessere Einbindung und transparenten Einblick
- 27 in demokratische Prozesse und Entscheidungen, auf lokaler wie auf Bundesebene. Der
- 28 Konflikt in Stuttgart hat aber auch gezeigt, dass es sich Stadt, Land und Bund kaum mehr
- 29 leisten können, auf die bei Bürgerinnen und Bürgern etwa in Bürgerinitiativen vorhandene
- 30 Expertise zu bestimmten Sachfragen zu verzichten. Für das seit Jahrzehnten ansteigende
- 31 BürgerInnenbewusstsein, Emanzipation und eine zivilgesellschaftliche Aneignung öffentlicher
- 32 Belange haben wir Grüne uns immer stark gemacht, sie gefördert, unterstützt und auch in
- 33 unserer eigenen Partei gelebt.
- 34 Die Soziale Krise schließlich stellt die Demokratiefrage ganz direkt. Sie geht an den Kern des
- 35 demokratischen Prinzips, den Grundsatz der politischen Gleichheit. Unter den Bedingungen
- 36 zunehmender sozialer Ungleichheit und auseinanderdriftender Bildungschancen gerät
- 37 politische Gleichheit zur Farce. Wessen „Demokratie“ schält sich aus der zunehmenden

38 Ungleichheit heraus? Schon jetzt stecken wir inmitten einer Beteiligungskrise, in der ein  
39 Fünftel der Gesellschaft, nämlich die Schwächsten, weitgehend von politischer Teilhabe  
40 ausgeklinkt ist.

41 Wir Grüne sorgen uns um die Demokratie. Demokratie ist Gründungsimpuls und  
42 Grundanliegen unserer Partei. Wir befürchten, dass unser demokratisches System unter  
43 dem Vorzeichen der Krisen ausgehöhlt wird. Wir sehen die Gefahr eines Erstarkens des  
44 Rechtspopulismus, wie es in anderen europäischen Ländern bereits zu beobachten ist.  
45 Von anti-europäischen Ressentiments, über PolitikerInnen-, Parteien- und Institutionen-  
46 Schelte, hin zu menschenfeindlichen Einstellungen – der Stoff der Rechtspopulisten hat in  
47 den Zeiten der Krise Hochkonjunktur. Mit einer Flucht in undemokratische Scheinlösungen  
48 bieten sie einfache Orientierung in einer zu komplex und zu unsicher gewordenen Welt.

49 Zugleich droht unsere Demokratie nicht nur von Rechts, sondern auch von Oben  
50 ausgehöhlt zu werden: Unter dem Deckmantel von Expertise und Sachzwängen findet  
51 eine schleichende Aneignung der Zugänge zu politischen Entscheidungsprozessen durch  
52 finanzstarke Lobbyinteressen statt. Der Staat als Beute für wirtschaftlich mächtige  
53 Akteure, oder beeinflusst von menschenverachtenden und autoritären Populisten – beides  
54 entleert die Demokratie ihres Kerns, nämlich einer breiten, gerechten und freiheitlichen  
55 Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen, die uns  
56 gemeinsam betreffen.

### 57 **Für einen demokratischen Aufbruch mit politischer Gerechtigkeit!**

58 Wir Grüne sagen: Auch und gerade in Krisenzeiten ist Demokratie die Lösung und nie das  
59 Problem. Demokratie ist die Grundlage von Freiheit und Gerechtigkeit, und sie ist für uns  
60 unabdingbare Form von Politik. Demokratie schafft Zusammenhalt und wirkt den Kräften  
61 einer auseinander fallenden Gesellschaft entgegen. Dieser Zusammenhalt ist Grundlage  
62 für demokratischen Streit – Streit, den es für die besten Lösungen braucht. Demokratie  
63 schafft Legitimität und Akzeptanz von Entscheidungen, jedenfalls dann, wenn Beteiligung  
64 zu einem frühen Zeitpunkt möglich war, und wenn Offenheit für Alternativen und nicht  
65 Scheren im Kopf das Feld demokratischer Politik ausmachen. Demokratie nimmt die  
66 Einzelne und den Einzelnen ernst, und sie schützt die Grund- und Menschenrechte.

67 Gegnern unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, genauso wie denen, die das  
68 Prinzip der politischen Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger missachten, machen wir  
69 deutlich: Ein schleichendes Aushöhlen der Demokratie ist mit uns nicht zu machen. Wir  
70 Grüne stehen für einen demokratischen Aufbruch als Weg aus den Krisen. Bürgerinnen  
71 und Bürger sind für uns Akteure der Demokratie, nicht bloße „Demokratieempfänger“.

72 Wir Grüne stehen für eine Politik des Gehörtwerdens, in einer Bürgerinnen- und  
73 Bürgerregierung, in der Beteiligung und Transparenz das Regierungshandeln bestimmen,  
74 genauso wie in der parlamentarischen Opposition. Wir bekennen uns zum Primat der  
75 Demokratie, unter dem gesellschaftliche Regeln von Allen und nicht von einigen Wenigen  
76 gestaltet werden. In den grün regierten Bundesländern haben wir einen neuen  
77 Regierungsstil eingeleitet: nicht Durchregieren, sondern Dialog auf Augenhöhe.

78 Wir stehen für eine Politik des Hörbarmachens, eine Politik der **Politischen**  
79 **Gerechtigkeit**, in der die Stimme jeder Bürgerin und jedes Bürgers gleiches Gewicht hat.  
80 Politische Gerechtigkeit erweitert unseren Grünen Gerechtigkeitsbegriff um die  
81 demokratische Dimension. Sie umfasst für uns gleiche Zugänge zu politischen  
82 Entscheidungsprozessen genauso wie tiefer liegende gesellschaftliche Vorbedingungen,  
83 die Menschen zu ihrer Rolle als Bürgerinnen und Bürger befähigen. Nur wenn alle  
84 Bürgerinnen und Bürger über gleiche gesellschaftliche Ressourcen und institutionelle

85 Zugänge zu Entscheidungsprozessen verfügen, kann Demokratie für alle gelingen.  
86 Gleichzeitig beinhaltet Politische Gerechtigkeit Grenzen, die dort gelten, wo die  
87 Grundrechte und die Freiheit Einzelner bedroht sind. Denn es geht immer um das Recht  
88 auf demokratische Teilhabe von jeder und jedem. Ohne Ausnahmen, frei von  
89 Diskriminierung.

90 Kern der Demokratie ist das Prinzip der politischen Gleichheit aller Bürgerinnen und  
91 Bürger. Erst unter Verwirklichung dieses Grundsatzes kann unser Bild einer guten  
92 Demokratie mit starken Parlamenten, mit einer lebendigen BürgerInnenbeteiligung und  
93 einem partizipativen Regieren und Verwalten Realität werden. Denn was sind Parlamente  
94 wert, wenn sie von starken Interessengruppen dirigiert werden? Was zählt  
95 BürgerInnenbeteiligung, wenn sie allein von den Interessen der Bessergestellten ausgeht?  
96 Und was ist eine BürgerInnenregierung, wenn leise Stimmen im politischen Konzert nicht  
97 zu hören sind?

98 Doch auch laute, selbstbewusste Stimmen werden oftmals an den Rand gedrängt. So ist  
99 Geschlechterdemokratie für uns ein nach wie vor uneingelöstes Versprechen.  
100 Diskriminierende Strukturen, sogenannte gläserne Decken und eine ungleiche Verteilung  
101 von Zeit, Ressourcen und Macht zu Ungunsten von Frauen führen zu ihrer krassen  
102 Unterrepräsentanz – auch in den Parlamenten. Doch solange Frauen und Männer nicht  
103 die gleichen Chancen auf Beteiligung und Repräsentanz haben, bleibt auch unsere  
104 Demokratie unvollendet. Wir Grüne sind diesen Verhältnissen von Anfang an mit  
105 verbindlichen Quotenregelungen entgegengetreten. Wir wissen: Ohne Frauen ist kein  
106 Staat und auch keine Demokratie zu machen.

107 Unsere Demokratie braucht eine Politik der Politischen Gerechtigkeit, die starken  
108 Interessen und deren Artikulation Grenzen setzt und ihre Ausmaße für alle transparent  
109 macht und die schwache Interessen durch eine Politik des Hörbarmachens gezielt stärkt.

110 Wir sind fest überzeugt: Nur mit einer Politik des Gehörtwerdens und des Hörbarmachens,  
111 einer Politik der Politischen Gerechtigkeit erreichen wir eine Wiederaneignung der  
112 demokratischen Institutionen durch alle Bürgerinnen und Bürger. Und nur so kann ein  
113 demokratischer Aufbruch aus den Krisen gelingen.

### 114 **Die parlamentarische Demokratie als Rückgrat unseres Gemeinwesens**

115 Die parlamentarische Demokratie ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens. Wir Grüne  
116 wehren uns daher gegen das populistische Schimpfen auf PolitikerInnen und politische  
117 Institutionen. Wir wollen, dass sich Bürgerinnen und Bürger diese Kerninstitution der  
118 Demokratie wieder stärker aneignen, sie ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung  
119 rücken. Wir wollen starke Parlamente und starke Abgeordnete, als echte VertreterInnen  
120 der Bürgerinnen und Bürger. Daher braucht es für einen demokratischen Aufbruch aus  
121 den Krisen eine Wiederbelebung der parlamentarischen Idee.

122 Das Parlament ist kein Ausschuss der Regierung, sondern erste Gewalt im Staate. Die  
123 Parlamente müssen sowohl rechtlich als auch organisatorisch gestärkt werden. Sie  
124 müssen ihre Rechte gegenüber der Regierungsgewalt durchsetzen und  
125 Regierungshandeln stärker kontrollieren können. Ihre Ressourcen für unabhängige  
126 Expertise müssen ausreichen, um die Funktion als Kontrollorgan der Regierung erfüllen zu  
127 können und um gegenüber der Einflussnahme von ressourcenstarken Lobbygruppen  
128 gefeit zu sein. Gerade unter dem Handlungsdruck, den die Finanz- oder die Klimakrise  
129 den Abgeordneten auferlegt, sind starke und unabhängige Parlamente demokratische  
130 Notwendigkeit.

131 Zur Stärkung des Bundestages wollen wir

- 132     □ die Einrichtung eines parlamentarischen Justitiariats, das alle Abgeordneten bei der
- 133     Durchsetzung ihrer Rechte unterstützt;
- 134     □ die Möglichkeit zur Vergabe eigener Gutachten ausbauen;
- 135     □ die Stärkung des Bundestags bei internationaler Rechtssetzung mit umfangreichen
- 136     Konsultations- und Informationsrechten und der Möglichkeit, vorab ein Mandat zu
- 137     erteilen;
- 138     □ bessere Kontrollmöglichkeiten bei der Frage, ob Verordnungen dem Gesetz
- 139     entsprechen, auf dessen Grundlage sie erlassen wurden, z.B. durch für jedes
- 140     Gesetz benannte BerichterstatterInnen;
- 141     □ die Wahl des Führungspersonals von wichtigen Institutionen, die aus der
- 142     Ministerialbürokratie ausgelagertes Regierungshandeln übernehmen (z.B.
- 143     Bundesbank, Bankenaufsicht, Finanzdienstleistungsaufsicht, KfW) grundsätzlich
- 144     durch das Parlament sowie deren Kontrolle durch regelmäßige öffentliche
- 145     Anhörungen;
- 146     □ eine Bestätigung der von der Regierung benannten VertreterInnen in Aufsichtsräten
- 147     durch das Parlament;
- 148     □ den Untersuchungsausschuss stärken und ihn zur Aufnahme eigener Ermittlungen
- 149     befähigen, inkl. Beschlagnahme- und Einsichtsrechte;
- 150     □ eine frühere Beteiligung des Parlaments im Gesetzgebungsverfahren durch
- 151     Zusendung von Gesetzentwürfen der Ministerien an die zuständigen
- 152     BerichterstatterInnen der Fraktionen, sobald diese zur Anhörung an Länder und
- 153     Verbände geschickt werden;
- 154     □ eine ausreichende Personalausstattung der Parlamentsausschüsse und Fraktionen,
- 155     um Gesetzesentwürfe nicht von externen Dienstleisterinnen und Dienstleistern,
- 156     sondern direkt im demokratisch legitimierten Parlament zu erarbeiten;
- 157     □ die Einrichtung eines fraktionsunabhängigen Budget Office, also einer Behörde zur
- 158     Koordinierung, Beratung und Kontrolle der Haushaltsposten der einzelnen
- 159     Ministerien. Aufgabe wäre beispielsweise die Steuerschätzung, um das Parlament
- 160     in die Lage zu versetzen, seine Uraufgabe, das Haushaltsrecht, mit allen dafür
- 161     notwendigen Vorkenntnissen wahrzunehmen.

### 162 **BürgerInnenbeteiligung als Kern eines demokratischen Aufbruchs**

163 Neben der Stärkung der repräsentativen Demokratie in den Parlamenten müssen die  
164 Bürgerinnen und Bürger jenseits von Wahlen stärker an den Entscheidungen auf allen  
165 Ebenen einbezogen werden. Zivilgesellschaft, BürgerInnenbeteiligung und  
166 Menschenrechte sind kein verzierendes Beiwerk in der Demokratie. Sie sind der  
167 Sauerstoff, ohne den die Institutionen der Demokratie leblos wären. Obrigkeitsstaat und  
168 Durchregieren waren Vorgestern. Im 21. Jahrhundert ist es an der Zeit, mehr und bessere  
169 Möglichkeiten der direkten Beteiligung an politischen Entscheidungen zu schaffen. Wir  
170 wollen die bestehenden direktdemokratischen Möglichkeiten auf kommunaler, Landes-  
171 und europäischer Ebene verbessern und endlich auch auf Bundesebene ermöglichen.  
172 Repräsentative und direkte Demokratie müssen sich dabei ergänzen und sich gegenseitig  
173 stärken. Es geht um mehr BürgerInnenbeteiligung bei gleichzeitiger Stärkung der  
174 Parlamente, nicht darum, das eine gegen das andere auszuspielen.

175 Mit direkter Demokratie stärken wir nicht nur die unmittelbare Beteiligung von Bürgerinnen  
176 und Bürgern, sondern schaffen auch einen neuen Raum für demokratisches Leben. Durch  
177 Kampagnen der Volksgesetzgebung kommt es zu einer intensiven öffentlichen  
178 Auseinandersetzung mit Sachfragen, und zwar nicht allein im Dreieck zwischen  
179 Regierungsmehrheit, Opposition und Massenmedien, sondern auch und viel unmittelbarer  
180 mit BürgerInnen und Initiativen aus der Zivilgesellschaft. Zugleich stärken wir so die

181 repräsentative Demokratie. Direkte Demokratie ist immer ein Zusammenspiel zwischen  
182 den politischen Institutionen und Initiativen aus der Bevölkerung. Angesichts der  
183 zunehmenden Dominanz der Regierungsgewalt ist die Ausweitung direktdemokratischer  
184 Beteiligung ein wichtiger Schritt zur Aufwertung der Arbeit des Parlaments. Wir wollen

- 185     □ die dreistufige Volksgesetzgebung auf Bundesebene mit Volksinitiative,  
186       Volksbegehren und Volksentscheid endlich einführen, unter Berücksichtigung des  
187       Minderheitenschutzes und bei präventiver Normenkontrolle zur Verhinderung  
188       verfassungswidriger Volksbegehren;
- 189     □ formale Hürden auf kommunaler und Länderebene für eine Volksgesetzgebung  
190       abbauen, sowie Quoren absenken und Fristen länger gestalten;
- 191     □ die Europäische Bürgerinitiative (EBI) zu einer wirklichen Volksgesetzgebung  
192       weiterentwickeln;
- 193     □ das Petitionsrecht durch längere Mitzeichnungsfristen und eine gesenkte  
194       Mindestzahl der UnterzeichnerInnen für eine öffentliche Ausschusssitzung  
195       verbessern;
- 196     □ kommunale Bürgerhaushalte breiter nutzen.

### 197 ***Politische Gerechtigkeit durch Hörbarmachen der leisen Stimmen und die*** 198 ***Einbeziehung Aller***

199 Wir wollen mit einer Politik des Hörbarmachens zugleich auch denjenigen eine  
200 Möglichkeiten geben, ihre Stimme zu erheben, die bislang im politischen Konzert nur leise  
201 zu hören waren, wie beispielsweise sozial Schwache oder Verbraucherinnen und  
202 Verbraucher. Dazu wollen wir zivilgesellschaftliche Initiativen und unterrepräsentierte  
203 Gruppen gezielt fördern und in den politischen Prozess einbinden. Wir streben einen  
204 Ausbau staatlicher Anschubförderung für finanzschwache zivilgesellschaftliche Initiativen  
205 an, unter der Bedingung, dass sie gemeinwohlorientierte Ziele verfolgen.  
206 Unterrepräsentierte Gruppen wollen wir durch „Community Organizing“ und ähnliche  
207 Programme gezielt mobilisieren und für politische Beteiligung gewinnen, bei der die  
208 Betroffenen tatsächliche Entscheidungsgewalt über ihre Belange ausüben.

209 Voraussetzung für eine gleichberechtigte BürgerInnenbeteiligung für alle ist die  
210 Verwirklichung der politischen Gleichheit auch auf dem Papier. In der Realität eines  
211 Einwanderungslandes wie Deutschland ist das Grundvoraussetzung für eine integrierte  
212 und gleichberechtigte Gesellschaft. Wir wollen die multikulturelle Demokratie endlich  
213 verwirklichen. Doch nicht zuletzt aufgrund der jahrzehntelangen Verweigerung dieser  
214 Realität ist ein großer Rückstand bei der Schaffung gleicher Rechte entstanden. Ein  
215 Großteil der Menschen, die hier leben, arbeiten, lernen, ihre Kinder aufwachsen lassen,  
216 sind von der politischen Partizipation ausgeschlossen.

217 Wir müssen allen Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben,  
218 grundsätzlich Zugang zu den BürgerInnenrechten ermöglichen und erleichtern. Dies  
219 wollen wir u.a. durch eine schnellere und vereinfachte Einbürgerung, die Möglichkeit der  
220 doppelten Staatsbürgerschaft und das Ende des Entscheidungszwangs für in Deutschland  
221 geborene Menschen mit mehreren Pässen sowie durch das kommunale Wahlrecht auch  
222 für Menschen aus Nicht-EU-Ländern erreichen.

223 Gerade im Zuge des demographischen Wandels kommt auf die jüngere Generation eine  
224 große Verantwortung zu. Wenige junge Menschen stehen immer mehr Älteren gegenüber.  
225 Schon früh übernehmen Jugendliche in Schule und Ausbildung Verantwortung. Wenn  
226 Kindern und Jugendlichen echte demokratische Teilhabe schon in der Schule, aber auch  
227 im politischen Raum eingeräumt wird, kann so das Interesse an der Demokratie geweckt

228 werden. Theoretische Vorlesungen und Informationsmöglichkeiten reichen da nicht aus.  
229 Kindergärten, Vorschulen und Schulen müssen der Ort sein, wo Kinder und Jugendliche  
230 Demokratie konkret erleben, wo Mitbestimmung und Demokratiebildung selbstverständlich  
231 stattfindet.

232 Jugendlichen wollen wir ihr Recht auf politische Teilhabe nicht verwehren und dazu auch  
233 auf Bundesebene das Mindestwahlalter auf 16 Jahre absenken. Das Wahlrecht für  
234 Obdachlose muss gewährleistet werden und der Zugang zu politischer Beteiligung muss  
235 für alle barrierefrei sein.

236 Frauen müssen sich in allen Bereichen der Gesellschaft, in Wirtschaft und Politik  
237 vollständig gleichberechtigt beteiligen können und beteiligt werden. Es ist an der Zeit,  
238 endlich überall Strukturen zu schaffen, welche die Erfahrung, Kompetenz und das Wissen  
239 dieser Hälfte der Bevölkerung auch zur Stärkung unserer Demokratie einsetzen.

240 Neben der Verwirklichung der Rechte auf dem Papier muss der Zugang zur politischen  
241 Teilhabe sichergestellt sein. Politische Gerechtigkeit kann nur gelingen, wenn alle  
242 mitmachen dürfen und können. Deshalb muss auch die politische Sprache so gestaltet  
243 sein, dass sie trotz der immer komplexer werdenden Lebenswelten verständlich bleibt.

### 244 ***Friedlicher Protest als Form der BürgerInnenbeteiligung***

245 Eine wichtige Form der BürgerInnenbeteiligung ist der friedliche Protest.  
246 Zivilgesellschaftlicher Protest, auch gewaltfreier ziviler Ungehorsam sind wichtige und  
247 legitime Bestandteile einer lebendigen Demokratie. Protest fordert etablierte Verfahren  
248 heraus und kann als wichtiges Korrektiv, als Fingerzeig für Ungerechtigkeiten dienen. Wer  
249 versucht, die Einmischung von Bürgerinnen und Bürgern als „Verhinderungsdemokratie“  
250 zu diskreditieren, offenbart eine demokratiefeindliche Haltung. Dagegen-Sein entspringt  
251 häufig nicht nur dem Wissen um unberücksichtigte Alternativen, sondern ist auch  
252 Voraussetzung zur Entwicklung besserer Alternativen und tragfähiger Kompromisse.  
253 Historisch waren es Soziale Bewegungen, die tiefgreifenden Wandel vorangetrieben  
254 haben, so zum Beispiel die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die Frauenbewegung oder  
255 zuletzt die Anti-Atom-Bewegung. Hier liegen unsere grünen Wurzeln und gemeinsam mit  
256 den Bewegungen werden wir weiter, wenn notwendig auch auf der Straße Politik  
257 gestalten. Allerdings sind Menschen, die ihre Anliegen auch mittels zivilen Ungehorsams  
258 auf die Straße und in den öffentlichen Fokus tragen, immer wieder von Repression von  
259 Seiten der Polizei und auch durch einzelne Justizbehörden betroffen. Sei es bei den  
260 Castorblockaden, den Protesten in Stuttgart oder den Blockaden des Bündnisses  
261 „Dresden Nazifrei“: Es ist nicht hinzunehmen, wenn an der Grenze zur Rechtsbeugung  
262 Befugnisse überschritten und damit – vielfach unterstützt von konservativen PolitikerInnen  
263 – legitimer Protest kriminalisiert wird. Denn dahinter steht das Ziel, durch besonders  
264 robustes Auftreten, den Einsatz von unverhältnismäßiger Gewalt und von  
265 Überwachungsmaßnahmen Protestbewegungen einzuschüchtern. Dieses Vorgehen  
266 widerspricht unserem Leitbild einer streitbaren Demokratie.

### 267 **Grüne BürgerInnenregierung und eine Politik des Gehörtwerdens**

268 Wir Grüne wollen, dass Bürgerinnen und Bürger den Weg aus den Krisen als AkteurInnen  
269 mitgestalten können. Neben einer Politik des Gehörtwerdens und Hörbarmachens geht es  
270 uns um eine neue politische Kultur der Demokratie, die sich auch und gerade im  
271 Regierungshandeln manifestiert. Wir betrachten die Einbeziehung der Bürgerinnen und  
272 Bürger, Offenheit, Transparenz und Fairness als Bringschuld der Regierung und wollen sie  
273 zum neuen demokratischen Standard erheben. Mit uns ist Schluss mit Klientelpolitik und  
274 Durchregieren. Mit uns Grünen soll partizipatives Regieren und Verwalten zur

275 Querschnittsaufgabe aller Politikressorts werden. Für uns unterliegt auch ein Kümmern um  
276 und Ernstnehmen von BürgerInnensorgen nicht paternalistischem Gutdünken, sondern es  
277 ist fester Bestandteil eines partnerschaftlichen Regierens auf Augenhöhe. Eine  
278 BürgerInnenregierung handelt im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger, mit einer von ihnen  
279 geliehenen Macht.

280 Wie in einem Brennglas verdichtet sich die Frage nach demokratischem Anspruch und  
281 institutioneller Wirklichkeit fehlender BürgerInnenbeteiligung bei den aktuellen Konflikten  
282 um große Infrastrukturvorhaben. Hier, wie in anderen Politikbereichen, wollen wir  
283 BürgerInnen die Möglichkeiten geben, selbst mitzulesen, mitzureden, mitzugestalten und  
284 Einfluss zu nehmen. Erst die breite Beteiligung aller, die an Entscheidungen teilhaben  
285 wollen, bringt die Vielfalt an Ideen, Perspektiven und Möglichkeiten auf den Tisch, die für  
286 die besten Lösungen nötig ist. Ein Auskugeln hinter verschlossenen Türen hingegen  
287 begünstigt die Vorteilnahme Einzelner und führt zur Frustration der Vielen. Bessere  
288 BürgerInnenbeteiligung ist kein Bremsklotz, sondern kann zum Turbo auf dem Weg in die  
289 Zukunft werden. Grundprinzipien sind dabei immer Transparenz, eine frühe Beteiligung,  
290 Offenheit für Alternativen und ein Ernstnehmen auf Augenhöhe aller Beteiligten. Die  
291 konkreten Verfahren zur Beteiligung sollen einem stetigen Lernprozess unterliegen, bei  
292 ständiger Evaluierung und Feedbackmöglichkeiten.

293 Ernsthafte BürgerInnenbeteiligung bedeutet für uns zunächst einmal, mit modernen  
294 Methoden die Voraussetzungen für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Belangen  
295 der Beteiligten in komplexen Verfahren überhaupt erst zu schaffen. Das kann  
296 Konfrontationen von vornherein entschärfen, vor allem dann, wenn sich im Vorfeld bereits  
297 größere Konflikte abzeichnen.

298 Wir wollen Bürgerinnen und Bürger besser und früher an Entscheidungen beteiligen mit

- 299  einer Informationsfreiheit 2.0 für die öffentliche Verwaltung durch
- 300  die Neuregelung des Informationszugangsrechts, das heißt insbesondere
- 301 verbesserte Auskunftsansprüche und Modernisierung des
- 302 Informationsfreiheitsrechts,
- 303  die Entwicklung eines modernen Open-Data-Konzepts für eine proaktive
- 304 Informationspolitik des Staates über das Internet.
- 305  einer stärkeren, besseren und früheren Beteiligung bei Planungsverfahren durch
- 306  Vereinheitlichung wesentlicher Planungsschritte im Bau- und Planungsrecht,
- 307  die Schaffung von Voraussetzungen für Verhandlungen auf Augenhöhe in
- 308 sämtlichen Planungsverfahren,
- 309  mehr Transparenz und Bürgerfreundlichkeit, zum Beispiel mit längeren
- 310 Auslegungsfristen, Veröffentlichung von amtlichen Bekanntmachungen,
- 311 Planungsunterlagen, Einwendungen über das Internet sowie die Veröffentlichung
- 312 von Public-Private-Partnership-Verträgen,
- 313  die Einrichtung einer zentralen Internetplattform, auf der möglichst umfassend
- 314 große Planungsvorhaben erfasst werden. Hier können sich Bürgerinnen und Bürger
- 315 informieren, Stellungnahmen zu einzelnen Projekten abgeben und miteinander
- 316 kommunizieren,
- 317  Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowohl bei der Entscheidung über das „Ob“
- 318 als auch über das „Wie“ von Vorhaben durch frühzeitige Prüfung von Alternativen
- 319 und der Nullvariante,
- 320  Ombudsleute für faires Anhörungsverfahren,
- 321  den Einsatz von Methoden der informellen BürgerInnenbeteiligung, wie
- 322 BürgerInnenbefragungen, Weißbüchern und Konsultationen oder internetgestützte

323 Dialogforen, und von Methoden der alternativen Konfliktlösung, wie Mediation oder  
324 Schlichtung,  
325 □ direktdemokratische Elemente,  
326 □ eine höhere Qualität der Rechtsmittel für Bürgerinnen und Bürger wie auch für  
327 Nichtregierungsorganisationen.  
328 □ offenen Konsultationen bei allen Gesetzgebungsverfahren per Internet;  
329 □ BürgerInnenanhörungen, zu denen per Los gewählte Bürgerinnen und Bürger  
330 eingeladen werden. So kann gesichert werden, dass die unterschiedlichen  
331 Perspektiven und Kenntnisstände, die in der Bevölkerung tatsächlich vorhanden  
332 sind, in die Beratungen und die Entscheidung mit einfließen.

### 333 **Für einen Rat der Demokratieweisen**

334 Um den demokratischen Wert, die tatsächliche Teilhabe und den Erfolg einer  
335 BürgerInnenregierung regelmäßig überprüfen und stetig verbessern zu können, wollen wir  
336 auf Bundesebene die Einrichtung eines „Rats der Demokratieweisen“ vorantreiben. Unter  
337 der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten soll ein vom Bundestag zu besetzender Rat  
338 jährlich einen Bericht über den Zustand unserer Demokratie und Reformvorschläge zu  
339 ihrer Stärkung vorlegen. Es braucht einen Raum, in dem dauerhaft und jenseits des  
340 politischen Tagesgeschäfts über Parteigrenzen hinweg über den Zustand unserer  
341 Demokratie nachgedacht wird. Der Demokratiebericht würde dieses wichtige Thema  
342 regelmäßig in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken und Impulse zur nötigen breiten  
343 Debatte über Wege zur Stärkung der Demokratie geben.

### 344 **Politische Gerechtigkeit durch Transparenz und Schranken für Lobbyismus**

345 Wir Grüne haben es bei unserer Politik gegen Atomkraft und für eine Energiewende lange  
346 Jahre auf bitterste Weise erfahren: In der Praxis ist eine Politik, die gut organisierten und  
347 ressourcenstarken Interessen zuwiderläuft, nur schwer möglich. Zwar ist eine Politik, die  
348 vor allem ressourcenschwache Interessen in den Blick nimmt, nicht per se gut – schlecht  
349 ist es allerdings für die Demokratie, wenn der politische Spielraum schon vorab eingeengt  
350 ist und nicht alle Interessen in die Entscheidung einbezogen werden, weil bestimmte  
351 mächtige Akteure hinter den Kulissen ihr Veto einlegen und für deren Aussortierung  
352 sorgen. Im Hintergrund und für die Öffentlichkeit kaum nachvollziehbar werden von  
353 Lobbyisten Strippen gezogen, wird von ihnen an Gesetzen mitgearbeitet und mit ihnen  
354 über politische Kompromisse verhandelt. Die Drehtür zwischen Lobbypositionen und  
355 Politik dreht sich schwindelerregend schnell. Die von Lobbyisten eingespeiste Expertise ist  
356 in manchen Politikfeldern derzeit erschreckend unersetzbar. Es ist kein Zufall, dass eine  
357 Regulierung der Finanzmärkte bis heute dem ökonomisch Gebotenen hinterherhinkt.

358 Aus demokratischer Sicht ist einseitige oder verdeckte Einflussnahme nicht hinnehmbar.  
359 Ein wichtiger Schritt einer Politik der Politischen Gerechtigkeit ist daher neben der  
360 Stärkung von Parlamenten und einer direkten BürgerInnenbeteiligung die Schaffung von  
361 mehr Transparenz und von Hürden für Lobbying und illegitime Einflussnahme. Wir fordern

362 □ die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters in Bund, Ländern und auf  
363 europäischer Ebene, in dem nicht nur Verbände und NGOs, sondern auch  
364 Unternehmen, PR-Agenturen, Denkfabriken, Anwaltskanzleien und selbstständige  
365 LobbyistInnen registriert sein müssen, sobald sie mit einem bestimmten  
366 Ressourceneinsatz Lobbying betreiben. Privilegien beim Zugang zum Parlament  
367 sollen an die Eintragung in das Register gebunden sein;  
368 □ eine dreijährige Karenzzeit für ausscheidende Mitglieder einer Bundesregierung,  
369 Staatssekretäre und Führungspersonen wie Abteilungsleiter, in der keine

- 370 Lobbytätigkeit ausgeführt werden darf. Eine entsprechende Regelung auf Landes-  
371 und EU-Ebene muss ebenso geschaffen werden wie ein unabhängiges Gremium  
372 zur Entscheidung strittiger Fälle, die nicht eindeutig unter Lobbyingtätigkeiten fallen;  
373 □ mehr Transparenz über Nebeneinkünfte von Abgeordneten durch eine  
374 aussagekräftige monatliche Veröffentlichungsuntergrenze ab 1000 Euro in  
375 durchsichtigen Stufen bis mindestens 50.000 Euro, Kontrollen und  
376 Sanktionsmöglichkeiten und eine übersichtliche Suchmöglichkeit auf der  
377 Bundestags-Homepage;  
378 □ keine Umgehung von Transparenzpflichten durch Anwälte: mehr Transparenz bei  
379 gleichzeitiger Sicherung des Berufsgeheimnisses durch Unterscheidung zwischen  
380 originär anwaltlicher Tätigkeit und Lobbytätigkeiten;  
381 □ eine Offenlegungspflicht der Klienten-Branche für Abgeordnete mit  
382 Nebeneinkünften aus Tätigkeiten, die durch Berufsgeheimnis geschützt sind, wie  
383 originäre Anwaltstätigkeit, Steuerberatung oder Wirtschaftsprüfung;  
384 □ ein Verbot der Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien auch auf Basis befristeter  
385 Verträge sowie der Beauftragung von Kanzleien mit dem Verfassen von  
386 Gesetzentwürfen, von denen Mandanten der Kanzlei betroffen sind;  
387 □ eine ausgewogene Besetzung externer Expertengruppen, auch auf europäischer  
388 Ebene;  
389 □ im Rahmen der anstehenden Parteiengesetzreform eine Parteienfinanzierung, die  
390 Unabhängigkeit garantiert durch eine Begrenzung von Spenden von juristischen  
391 Personen, eine Absenkung der Veröffentlichungspflicht von Großspenden und eine  
392 Aufschlüsselung nach Gliederungsebenen;  
393 □ die Einrichtung eines verpflichtenden „Politikfinanzierungsberichts“ über die  
394 verschiedenen Formen der staatlichen Unterstützung für Parteien sowie eine  
395 Gleichbehandlung von Sponsoring und Spenden;  
396 □ eine wirksame Bekämpfung von Korruption durch ein bundesweites  
397 Korruptionsregister, den Schutz von InformantInnen (Whistleblowern), die Ratifikation  
398 der UN-Konvention gegen Korruption sowie die hierzu erforderliche Neuregelung  
399 des Straftatbestands der Abgeordnetenbestechung.

400 Bei der Schaffung von Transparenz und zur Aufdeckung uneinsehbarer Strukturen  
401 übernehmen On- wie Offline-Medien eine wichtige Funktion. Für die Demokratie ist es  
402 daher unabdingbar, dass die Medienlandschaft vielfältig ist und öffentlich-rechtliche  
403 Rundfunkanstalten unabhängig arbeiten. Hier gilt es, der direkten Einflussnahme durch die  
404 Politik einen Riegel vorzuschieben. Vertreterinnen und Vertreter der Exekutive haben in  
405 den Rundfunkräten nichts zu suchen, politische Vertreterinnen und Vertreter aus Parteien  
406 und Parlamenten müssen gleichberechtigt repräsentiert sein. Genauso braucht es eine  
407 Eingrenzung der Werbezeiten und ein striktes Verbot von Schleichwerbung. Die  
408 Beschränkung für öffentlich-rechtliche Medien, ihre Produktionen nur für sieben Tage ins  
409 Internet zu stellen, soll überwunden werden. Unabhängiger, pluraler und kritischer  
410 Journalismus ist für Politiker häufig unbequem – und das ist gut so. Es braucht eine „vierte  
411 Gewalt“, die den Akteuren in den politischen Institutionen auf die Finger schaut, und  
412 beispielsweise aufdeckt, wenn in den Grauzonen der Politikbeeinflussung skandalöse und  
413 democratieschädliche Praktiken stattfinden.

### 414 **Politische Gerechtigkeit heißt, Demokratie und Wirtschaft in Einklang bringen**

415 Zu große Ballungen wirtschaftlicher Macht und finanzieller Ressourcen stehen im  
416 Widerspruch zum Prinzip politischer Gerechtigkeit und Gleichheit und damit zur  
417 Demokratie. Finanzstarke Interessengruppen sind im Vorteil, solange sie bestehen. Es  
418 war immer Grundanliegen einer grünen Ordnungspolitik, die Kräfte im Markt so

419 einzuhegen, dass eine Konzentration wirtschaftlicher Macht unmöglich wird. Nicht nur aus  
420 ökonomischen, sondern auch aus demokratischen Gründen sollten wir dieses liberale Ziel  
421 nicht aus den Augen verlieren. In unserem Kartellrecht ist dies bereits angelegt. In der  
422 konkreten Praxis haben wir jedoch weiterhin sehr große Akteure, etwa im Banken- und  
423 Versicherungs- sowie im Energiesektor. Durch deutlich strengere Eigenkapitalvorschriften,  
424 zum Beispiel für große Banken, wollen wir Anreize dafür schaffen, dass Akteure weder  
425 „too big to fail“, noch „too big for political equality“ werden.

426 Zur Stärkung Politischer Gerechtigkeit wollen wir das Wirtschaften allerdings nicht allein  
427 ordnungspolitisch einhegen. Es gilt auch, Unternehmen und das Kammerwesen von innen  
428 heraus zu demokratisieren. Wirtschaftsdemokratie ist ein urgrünes Ziel. In der Finanzkrise  
429 hat sich gezeigt, dass das deutsche Modell der Mitbestimmung nicht nur demokratischer,  
430 sondern auch krisenfester ist.

431 Zur Stärkung der Demokratie in der Wirtschaft wollen wir

- 432  die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen ausweiten durch
- 433  eine paritätische Mitbestimmung ab 1 000, eine drittelparitätische bei 200 bis 1 000
- 434 Beschäftigten,
- 435  ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht bei Zeitarbeit für den Betriebsrat von
- 436 Entleihbetrieben,
- 437  ein aktives Wahlrecht bei Betriebsratswahlen im Entleihbetrieb für Zeitarbeitskräfte,
- 438  eine Stärkung der ArbeitnehmerInnenrechte bei Übernahmen und
- 439 Umstrukturierungen,
- 440  eine Erweiterung der im Betriebsrat zustimmungspflichtigen Entscheidungen,
- 441  einen Ausbau der Mitbestimmung bei der Europäisierung des
- 442 Unternehmensrechtes,
- 443  keine Umgehungsmöglichkeiten bei der Mitbestimmung durch eine freie Wahl der
- 444 Rechtsform;
- 445  gleiche Mitbestimmungsrechte unabhängig vom jeweiligen Sektor, also auch im
- 446 öffentlichen Sektor und in Tendenzbetrieben oder bei kirchlichen Trägern;
- 447  eine Gültigkeit des kollektiven Arbeitsrechts und Streikrechts auch in
- 448 weltanschaulichen oder kirchlichen Einrichtungen;
- 449  eine breitere Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am
- 450 Produktivkapital durch angemessene Löhne sowie flächendeckende Mindestlöhne;
- 451  eine Neudefinition des Unternehmensinteresses im Aktienrecht zur Stärkung
- 452 langfristiger Interessen aller Stakeholder;
- 453  eine Stärkung der Rechte von KleinaktionärInnen gegenüber GroßaktionärInnen;
- 454  eine Stärkung sozialer und solidarischer Ökonomie, z.B. durch attraktive
- 455 Rechtsformen und passende Finanzierungsinstrumente und eine Verankerung der
- 456 Förderung im Arbeits- und Sozialministerium;
- 457  eine Stärkung der Demokratie im Kammerwesen.

### 458 **Politische Gerechtigkeit als gesellschaftliches Zukunftsprojekt**

459 Unser Vorschlag für einen demokratischen Aufbruch aus den Krisen umfasst konkrete  
460 Reformen zur Stärkung der Parlamente, zur Verbreiterung von Beteiligung und zur  
461 Beförderung von Politischer Gerechtigkeit durch einen Abbau ungleicher Zugänge zur  
462 politischen Teilhabe. Er umfasst einen neuen Stil in der Politik, einer Politik des  
463 Gehörtwerdens durch eine BürgerInnenregierung auf Augenhöhe. Und er schließt die  
464 Stärkung von Demokratie in der Wirtschaft und die Verteidigung des Primats der  
465 Demokratie mit ein.

466 All das bedeutet für uns die Antithese zum schwarz-gelben Politikmodell. Schwarz-Gelb  
467 hat nicht verstanden, was es heißt, das Recht des Parlaments als erste Gewalt zu  
468 respektieren, Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe zu beteiligen und sie in ihren  
469 Interessen auch gegen die vermeintlich „Starken“ aus Wirtschaft und Gesellschaft zu  
470 schützen und zu unterstützen. Dabei schreckt diese Regierung auch nicht davor zurück,  
471 ihre eigenen Interessen in einem verfassungswidrigen Wahlrecht festschreiben zu lassen.  
472 Das Fehlen einer BürgerInnenregierung hat sich in den letzten Monaten gezeigt in  
473 Stuttgart vor dem Wechsel zu Grün-Rot, bei der Diffamierung der Proteste in Gorleben  
474 sowie auf Bundesebene bei den Entscheidungen für die Rettungspakete und den  
475 Atomausstieg genauso wie bei der Frage einer Reform des Planungsrechts und der  
476 Verweigerung direktdemokratischer Verfahrenserleichterungen. Schwarz-Gelb verkörpert  
477 dort, wo es regiert, den Geist einer Politik von Oben nach Unten, ohne Rückbindung an  
478 die Menschen jenseits von Wahlen. Dass dieses Politikmodell längst ausgedient hat –  
479 auch das haben die letzten Monate eindrücklich gezeigt.

480 Beim Übergang zur BürgerInnenregierung und einer Politik der Politischen Gerechtigkeit  
481 gilt es gleichzeitig, einer tiefgehenden Herausforderung zu begegnen: der auseinander  
482 fallenden Gesellschaft. Zunehmende soziale Ungleichheit, räumliche Segregation und  
483 ungleiche Bildungschancen sind das langfristige Gift in unserer Demokratie. Sie höhlen  
484 Demokratie von zwei Seiten aus: Bürgerinnen und Bürger sind zunehmend enttäuscht von  
485 den Politikergebnissen, die Ungleichheit erhalten und verstärken, und sie bringen sich  
486 immer weniger ein in den politischen Prozess. Hier müssen wir ein zentrales  
487 Gerechtigkeits- und Freiheitsprojekt in Angriff nehmen. Es geht ganz fundamental um  
488 gesellschaftlichen Zusammenhalt, soziale Inklusion sowie die Freiheit Aller, statt der  
489 Freiheit weniger Privilegierter. Es geht um aktives Entgegenwirken gegen die zunehmende  
490 soziale Ungleichheit und darum, endlich gute und umfassende Bildung für alle zu  
491 verwirklichen.

492 Mit unserem grünen „Erweiterten Gerechtigkeitsbegriff“ haben wir die Leitplanken  
493 gesteckt, indem wir neben reiner Verteilungsgerechtigkeit auch Teilhabegerechtigkeit,  
494 Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Internationale Gerechtigkeit in  
495 den Blick nehmen. Nach über einjähriger, intensiver Debatte im Zukunftsforum  
496 Demokratie, mit vielen demokratiebegeisterten Menschen innerhalb und außerhalb der  
497 Partei auf dem Demokratiekongress und auf der Zukunftskonferenz fügen wir mit  
498 Politischer Gerechtigkeit unserer grünen Gerechtigkeitspolitik eine weitere Dimension und  
499 zugleich einen weiteren Grund hinzu: Nur in einer gerechten Gesellschaft hat die  
500 Demokratie eine gute Zukunft. Und nur unter Berücksichtigung politischer Gleichheit hat  
501 Gerechtigkeit eine Chance. Der Weg dorthin ist nicht von heute auf morgen beschriftet.  
502 Soziale Teilhabe, Bildungserfolge und Demokratielernen von klein auf brauchen Zeit, sich  
503 zu entfalten. Aber die Richtung und das Fortbewegungsmittel sind klar: Es geht nur mit  
504 einem demokratischen Aufbruch für politische Gerechtigkeit. Machen wir uns auf den  
505 Weg!

506

507